

die westliche Hemisphäre verankerten westdeutschen Staates möglich. Seine große Leistung besteht darin, einen neuen, nach außen verlässlichen, nach innen stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Staat aufgebaut zu haben, der trotz der großen inneren und äußeren Belastungen mehr als vier Jahrzehnte überdauert hat, allerdings um den Preis einer ebenso langen Teilung Deutschlands. Die Ambivalenz der Adenauerschen Politik wird unter dem Eindruck der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besonders deutlich. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht wegen, sondern ich möchte fast sagen, trotz der Adenauerschen Politik erfolgt. Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Gerade aus der Perspektive der seit 1990 erfolgten Osterweiterung der Bundesrepublik stellt sich manche Frage neu und mit um so größerer Dringlichkeit für das Zusammenwachsen der Menschen in allen Teilen Deutschlands. Inwieweit hat also die Adenauersche Politik und mit ihr die des Westens eine frühere Liberalisierung des Ostens verhindert? Hätte eine flexiblere Politik des Westens die kommunistische Herrschaft nicht viel eher in Bedrängnis gebracht? Hätten, mit anderen Worten, vierzig Jahre deutscher Teilung möglicherweise verhindert oder zumindest verkürzt werden können? Schließlich: Waren die Deutschen respektive die Westdeutschen jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen?

In den 50er und 60er Jahren wurde die Brisanz dieser Fragen durch die fehlende Einsicht in das eigene Verschulden, die Pflege neuer Feindbilder und die Kultivierung nationaler Einheitsrhetorik überdeckt. Heute, nachdem uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – man könnte fast sagen – beim Ausverkauf des sowjetischen Imperiums in den Schoß gefallen ist, reicht die nationale Rhetorik nicht mehr aus. Sie hat uns inzwischen eingeholt. Operative und rhetorische Deutschlandpolitik sind erstmals miteinander in Einklang zu bringen. Nun müssen wir den Preis, nicht nur für die Ursachen, sondern auch für die Folgen der Teilung Deutschlands zahlen, ob wir wollen oder nicht. Ob er höher ausfällt, als er in den 50er Jahren ausgefallen wäre, muß dahingestellt bleiben. (Beifall)

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Vielen Dank Herr Dr. Foschepoth. Das Interesse, will ich mal zurückhaltend sagen, steigt zunehmend, hörbar, aber ich bitte Sie, sich doch noch einen Augenblick zu gedulden, denn wir wollen das Quartett komplettieren. Herr Dr. Wettig wird noch eine Spezialfrage behandeln, die ja heute morgen anstehende Thematik der Stalin-Note. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Sie sehen hier einen ständigen Wechsel des Vorsitzes. Nehmen Sie es als Indiz dafür, daß die FDP die Kontinuität gewissermaßen belegt. Gerade in dem Themenkreis des heutigen Vormittags ist das ja vielleicht nicht ganz unwichtig.

Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig: Herr Vorsitzender, meine Damen und

Herren! Ich werde nur über ein Teilthema sprechen, aber über eines, das, wie die Diskussion heute schon gezeigt hat, zentrale Wichtigkeit besitzt. Ich habe dazu sowjetische Dokumente konsultiert, wie ich noch näher ausführen werde.

Seit dem Ausbruch des Kalten Krieges im Sommer 1947 hat die sowjetische Führung unablässig den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland gefordert. Aber dies war keine diplomatische Initiative, denn gleichzeitig wurden die Verbindungen zu den Westmächten systematisch gekappt und konfrontative Maßnahmen – ich erinnere nur an die Berliner Blockade – ins Werk gesetzt. Der Zweck der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages bestand allein darin, den Westmächten das Recht zu bestreiten, über einen Teil Deutschlands ohne die Sowjetunion zu verfügen. Neu an der sowjetischen Note vom 10. März 1952 war also nicht der angegebene Zweck, der Abschluß eines Friedensvertrages. Neu war aber, daß die Friedensvertragsforderung zum Mittelpunkt einer großen Initiative gemacht wurde und daß inhaltliche Grundsätze für die verlangte Regelung unterbreitet wurden. Die Frage ist nun, ob dies als Anzeichen für einen grundlegenden politischen Wandel auf sowjetischer Seite anzusehen ist. Dachte Stalin etwa daran, zwecks Verhinderung der damals im akuten Stadium befindlichen „westdeutschen Remilitarisierung“, wie es in den sowjetischen Dokumenten hieß, das kommunistische System in der DDR unter bestimmten Voraussetzungen preiszugeben und ein demokratisch-neutralistisches Gesamtdeutschland zu schaffen?

Aufgrund meiner Aktenfunde lautet die Antwort: Nein. Die von mir benutzten Dokumente des sowjetischen Außenministeriums sind im vorliegenden Falle darum von entscheidender Bedeutung, weil die Note vom 10. März 1952 in dieser Behörde initiiert und ausgearbeitet worden ist; sie wurde Stalin von dort aus zur Billigung vorgelegt. Es liefen in diesem Kontext alle Fäden über den stellvertretenden Außenminister Gromyko zu Stalin, zum Außenminister, zum Politbüro usw.

Für mein negatives Urteil bezüglich der sowjetischen Bereitschaft zur Preisgabe der DDR unter bestimmten Voraussetzungen gibt es zahlreiche Gründe:

1. Nach den intern geäußerten sowjetischen Absichten kam nur ein Gesamtdeutschland nach dem Modell der DDR in Frage.
2. Eine Regelung, bei der die Sowjetunion auf das kommunistische System in der DDR verzichtet hätte, wenn dafür die Westmächte einem Neutralitätsstatus für Gesamtdeutschland zugestimmt hätten, wurde von vornherein prozedural dadurch ausgeschlossen, daß der Friedensvertrag – und damit der Status Deutschlands – auf alliierter Ebene verhandelt werden sollte, während die Frage der inneren Ordnung in Deutschland nach sowjetischem Konzept allein zwischen den Vertretern Westdeutschlands und

Ostdeutschlands besprochen werden durfte und damit von der Zustimmung der SED-Führung abhängig gewesen wäre.

3. Die sowjetische Seite rechnete nach den vorliegenden Dokumenten mit einem westlichen Nein zu ihrer Note und ging nur ein einziges Mal auf die Möglichkeit ein, daß die Westmächte – natürlich unter dem Druck der westdeutschen Volksmeinung, wie hervorgehoben wird – vielleicht aus rein taktischen Gründen darauf eingehen könnten, so daß man dann, um mit dieser Situation fertig zu werden, dagegen bestimmte Vorkehrungen treffen müsse.
4. Das negative Interesse der sowjetischen Seite an Verhandlungen wird verständlich, wenn man sich den intern erklärten Zweck der Note vor Augen hält. Es ging darum, dem Kampf der KPD in der Bundesrepublik gegen das Adenauer-Regime „mächtige Impulse“ zu verleihen, um auf diese Weise den westdeutschen Kommunisten eine Mobilisierung der westdeutschen Massen unter Parolen der nationalen Einheit zu ermöglichen.
5. Aus allen internen sowjetischen Äußerungen spricht eine klare Absage an die Idee des Kompromisses und der Verständigung zwischen Ost und West. Es ging immer nur darum, eine Politik gegen den Westen durchzusetzen, wobei der Sturz der Adenauer-Regierung als entscheidendes Element in diesen Erwägungen fungierte.
6. Das Denken in den sowjetischen Führungskreisen verlief in Gedankenbahnen, wie sie im Auftrage von Stalin auf der Gründungstagung des Kominform im September 1947 festgelegt worden waren, also gemäß den Grundsätzen eines Denkens in zwei einander feindlich gegenüberstehenden Lagern, von denen das eine obsiegen und das andere unterliegen mußte. Aufgrund dieser Logik ist es sehr interessant, in den sowjetischen Dokumenten zu sehen, daß die sozialdemokratische Opposition in der Bundesrepublik als um keinen Deut besser galt als die – ich zitiere – „imperialistische Bourgeoisie“ Adenauers.
7. Wer Gnade in Moskau finden wollte, mußte nicht nur die sowjetische Deutschlandpolitik voll billigen, sondern er mußte des weiteren auch bereit sein zur Unterordnung unter kommunistische Führung. Nach diesem Kriterium verfiel auch die Gesamtdeutsche Volkspartei Heinemanns dem Verdikt. Dieser Partei wurde zugestanden, daß sie in der derzeitigen politischen Phase durchaus den richtigen Kurs vertrete. Aber es hieß zugleich, diese Gruppierung der „fortschrittlichen Bourgeoisie“ sei darum auch gefährlich, weil sie sich mit ihrer richtigen Politik nicht kommunistischer Führung unterordne und so die kommunistische Seite der Bedrohung aussetze, daß die Mobilisierung der westdeutschen „Massen“, an deren Zustandekommen und erfolgreiche Weiterentwicklung man in Moskau glaubte, nicht in die Hände der KPD, sondern in die Hände einer „bourgeoisien“ Kraft falle. Das aber mußte unbedingt verhindert werden.

8. Mit der Kompromißlosigkeit gegenüber allen möglichen politischen Verbündeten innerhalb der Bundesrepublik ging ein Konfrontationskurs durch die DDR bzw. mit deren Hilfe einher. Die Absperrmaßnahmen an der innerdeutschen Grenze, die Forcierung der ostdeutschen Sowjetisierungspolitik und die Kampagne für eine verschärfte Wiederaufrüstung der DDR – alles dies sind Dinge, die dann zwar erst etwas später öffentlich gemacht, aber zu diesem Zeitpunkt bereits fest ins Auge gefaßt worden sind, die also nicht als Reaktion auf enttäuschende Antworten der Westmächte gelten können.
9. Es ist aufschlußreich, daß die notorisch von der Sorge vor dem Entzug der sowjetischen Unterstützung geplagte SED-Führung – ebenso ein so dogmatischer und intransigent sowerjetischer Spitzenfunktionär wie Molotow (dem die Note auch immer wieder vorgelegt worden ist) – keinerlei auch noch so geringe Unzufriedenheit zu erkennen gab. Das aber wäre mit Sicherheit zu erwarten gewesen, wenn die SED-Herrschaft auf irgendeine Weise auch nur andeutungsweise in Frage gestellt worden wäre.

Das sich dem erstaunten Beobachter eröffnende Bild – und ich muß bekennen, auch ich bin ein solcher erstaunter Beobachter gewesen, als ich die sowjetischen Akten einsah –, läßt klar erkennen, daß die sowjetische Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 weder eine diplomatische noch eine propagandistische Aktion gewesen ist, sondern auf innenpolitische Veränderung, d.h. auf Umsturz in der Bundesrepublik mittels der KPD und durch die KPD abzielte. Dabei stellt sich für uns die Frage, wie die sowjetische Führung glauben konnte, daß eine so stark antisowjetisch und antikommunistisch gesinnte Bevölkerung wie die damaligen Bewohner Deutschlands, insbesondere auch Westdeutschlands, überhaupt für ein solches Programm zu gewinnen sein sollte. Wie konnte Stalin hoffen, mit seinen national frisierten Parolen des antiwestlichen Kampfes politische Eroberungen unter den Deutschen zu machen? Warum hat er diese Angel eines deutlich antiwestlich ausgerichteten Wiedervereinigungsangebots, wenn er sie schon auszuwerfen für richtig hielt, nicht wenigstens durch den Anschein von Zugeständnissen an deutsche Demokratie-Wünsche attraktiver zu machen gesucht? Das ist die Frage, die sich dem Historiker stellt und nach meinem Eindruck zugleich die psychologische Erklärung für die durch nichts Konkretes gestützte Ansicht, Stalin könne doch gar nicht gemeint haben, die Deutschen ohne irgendeine Konzession für seine Offerte zu interessieren. Aufgrund der Dokumente will ich versuchen, das Problem in drei Stufen wenigstens teilweise zu beleuchten.

1. Stalin gab, wie aus anderen Archivdokumenten hervorgeht, der Konsolidierung des eigenen Machtbereichs absoluten Vorrang vor allen in Aussicht stehenden Vorteilen der Interaktion mit den Westmächten.
2. Stalin ist nach Ausweis aller vorhandenen Informationen nicht ein Kauf-

mann gewesen, der in der DDR ein Handelsobjekt sah, das man gegebenenfalls gegen Wertvolleres eintauschen konnte. Er gerierte sich vielmehr als politischer Kämpfer, der in der DDR eine politische Bastion sah, die er sowohl zur politischen Verteidigung als auch zum politischen Angriff gegen den Westen benötigte.

3. Noch überraschender ist, daß im Kreml eine fundamentale Fehlwahrnehmung vorlag. Die Leiter der sowjetischen Politik täuschten sich völlig über die Haltung der Deutschen zum Kommunismus, zur Sowjetunion und zu deren Politik. Sie sahen zwar immer wieder im Einzelfalle, daß es bei den Deutschen Schwierigkeiten mit der sowjetischen Politik gab, aber sie haben daraus niemals die Konsequenz gezogen, daß ihr Vorgehen verkehrt sein könnte oder daß man an ihm irgendwelche Korrekturen anbringen müßte, um die Zustimmung des deutschen Volkes zu gewinnen. In ihrer Vorstellung war die eigene Politik von vornherein fraglos dazu geeignet, die Wünsche und Bedürfnisse der Deutschen und anderer Völker zu befriedigen, wenn man nur die richtige Strategie und Taktik bei der Durchsetzung wählte. Es kam daher allein darauf an, die unternommenen Anstrengungen, insbesondere die Aktionen der KPD, zu verstärken, um das Potential der vermeintlich in Deutschland zustimmungsfähigen Politik voll auszuschöpfen und die grundsätzlich vorhandene deutsche Zustimmung faktisch zu realisieren – eine groteske Fehleinschätzung der Situation, deren Existenz wir aber konstatieren müssen, wie verkehrt sie auch gewesen ist.

Das Fazit meiner Forschung ist, daß sich die sowjetische Führung weigerte, auch nur die geringsten Zugeständnisse bezüglich einer irgendwie im Westen akzeptablen Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge zu fassen. Das heißt mit anderen Worten: Auch wenn die westlichen Regierungen und die – in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit diesen Regierungen nachgeordnete – Bundesregierung unter Adenauer bereit gewesen wären zu einem weitreichenden Entgegenkommen gegenüber Stalin, hätte dies in keiner Weise die Chancen für ein demokratisches Gesamtdeutschland erhöht, mit welchen außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen die westliche Seite auch einverstanden gewesen wäre. Stalin konnte sich – das ist meine Schlußfolgerung aus meinen Dokumentenfunden – nur ein kommunistisches Gesamtdeutschland unter seiner Oberherrschaft vorstellen.

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Dr. Wettig für seine Ausführungen.

(Pause)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse (SPD): Was wir heute morgen gehört haben, war sozusagen abgelagerter Sprengstoff, und das Eigentümliche ist, daß der alte abgelagerte Sprengstoff nichts von seiner Brisanz verloren zu haben scheint. Die alten Schmerzen und die alten Frustrationen sind, vielleicht ist das auch sehr typisch deutsch, immer aktuell. Erlauben Sie,